

http://www.rbb-online.de/nachrichten/politik/2011_10/kritik_an_kuerzungsplaenen.html

Bildung

Freie Schulen drohen mit Verfassungsklage

Die freien Schulen in Brandenburg wollen gegen die geplanten Kürzungen notfalls mit einer Verfassungsklage vorgehen.

Die rot-rote Landesregierung will die Zuschüsse ab Herbst 2012 um 4,8 Millionen Euro verringern. Sollten die Pläne ohne Änderungen vom Landtag beschlossen werden, müsse das Land mit einer Klage rechnen, sagte der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft freier Schulen, Hardorp, am Mittwoch in Potsdam.

Einem Gutachten des Bochumer Instituts für Bildungsforschung und Bildungsrecht zufolge seien die Pläne verfassungswidrig. Unter anderem werde das grundgesetzliche Verbot verletzt, Kindern aus armen Familien den Besuch freier Schulen zu verwehren.

Der Landtag befasst sich am Donnerstag in einer Experten-Anhörung mit den geplanten Neuregelungen.

In Cottbus protestierten am Mittwochmorgen rund 200 Schüler und Lehrer gegen die Bildungspolitik des Landes.

+++++

<http://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/artikel-ansicht/dg/0/1/981322/>

[Ulrich Thiessen](#) 20.10.2011 20:59 Uhr

Unsozial: Träger kritisieren Kürzungen bei freien Schulen

Potsdam (MOZ) Die von der rot-roten Koalition geplanten Kürzungen bei Schulen in freier Trägerschaft sind bei einer Anhörung im Landtag gestern auf umfassende Kritik gestoßen. Vertreter freier Schulträger warnten vor Schließungen und stellten als Alternative das flächendeckende staatliche Schulsystem in Frage.

Der im Landtag behandelte Entwurf des Haushaltbegleitgesetzes sieht Kürzungen bei freien Schulen zwischen 2012 und 2015 von 50 Millionen Euro vor. Im Vergleich zu öffentlichen Schulen übernimmt das Land zurzeit für Lehrer freier Schulen einen Personalkostenanteil von 94 Prozent. Dieser Prozentsatz soll erhalten bleiben, aber die Berechnungsgrößen sich verändern.

Die Vertreter von SPD und Linken verwiesen darauf, dass in anderen Bundesländern die staatlichen Rahmenbedingungen schlechter als in Brandenburg wären. Der Verband Freier Schulen Brandenburg betonte in einer Stellungnahme, dass die immer wieder ins Feld geführte geringere Bezahlung von Lehrern als Vorteil gegenüber staatlichen Schulen nicht stimme, da angesichts des anstehenden Lehrermangels auch in diesem Bereich die Lehrergehälter demnächst steigen müssten.

Die soziale Situation im Lande lasse zudem keine weiteren Erhöhungen des Schulgeldes zu. Es könne jedoch nicht abgeschätzt werden, wie viele freie Schulen auf Grund der Kürzungen schließen müssten.

Länder gehe. Ähnliche Kürzungen hatte es auch bei freien Schulen in Sachsen und Thüringen gegeben. Die Pläne seien kein Verfassungsverstoß, so die rot-rote Linie.

Die Proteste im Land sind allerdings groß. Eine Volksinitiative hat bereits über 30 000 Unterschriften gesammelt. Seit Montag wehren sich Schüler, Eltern und Lehrer mit einem „Bildungscamp“ am Landtag gegen den Rotstift. SPD und Linke schließen Nachbesserungen nicht völlig aus, wenn auch öffentliche Schulen profitieren. *Thorsten Metzner*

+++++

http://www.b2b-deutschland.de/berlin/region/detail_dapd_3190363930.php

19.10.2011, 16:59 Uhr

Die Freien Schulen geben nicht auf

Gutachten sieht in Kürzungen Verstoß gegen Grundgesetz

Die Freien Schulen setzen sich weiter gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen zur Wehr. Am Mittwoch stellten Vertreter der Schulen in freier Trägerschaft in Potsdam ein Gutachten des Instituts für Bildungsforschung und Bildungsrecht (ifBB) vor, das in den Kürzungen einen Verstoß gegen das Grundgesetz sieht. In Auftrag gegeben hat es die Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen. Diese denkt über eine Verfassungsklage nach, sollten die Mittel in dem Maß gestrichen werden, wie derzeit vorgesehen.



Durch die Kürzungen wären die Schulen gezwungen, das Schulgeld zu erhöhen, erklärte der wissenschaftliche Leiter des ifBB und Verfasser der Studie, Thomas Langer. Damit würden die Schulen aber gegen das sogenannte Sonderungsverbot des Grundgesetzes verstoßen, welches einen Ausschluss von Kindern aus finanziellen Gründen verbietet.

Als weiteren Kritikpunkt führte Langer die aus seiner Sicht einseitigen Kürzungspläne an. Laut Bildungsministerium sollen im kommenden Jahr 24 Millionen Euro im Schulwesen eingespart werden, davon 4,8 Millionen Euro bei den freien Schulen - obwohl nur etwa zehn Prozent der Kinder und Jugendlichen eine freie Schule besuchen. Bis zum Schuljahr 2014/2015 sollen die jährlichen Kürzungen bei den Schulen in freier Trägerschaft auf insgesamt 17 Millionen Euro steigen.

Diese Pläne widersprächen dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes, sagte Langer. Seine Meinung nach müsse der Staat bei beiden Schularten in gleichem Maße kürzen.

Dies sehen auch die Grünen im Brandenburger Landtag so. Die freien Schulen würden überproportional belastet, sagte Bildungsexpertin Marie Luise von Halem. Deshalb müssten die Einschnitte zurückgenommen werden. Bislang habe die rot-rote Koalition noch keine einleuchtenden Argumente für die Kürzungen präsentiert. "Vielmehr scheint es eine ideologische Auseinandersetzung zu sein, die zu den Kürzungen führt."

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen, Christoph Schröder, warnte vor möglichen Schulschließungen. "Die Schulen können und wollen das Schulgeld nicht erhöhen", sagte er. Bei den Lehrergehältern könne ebenfalls nicht weiter eingespart werden.

Andere Geldquellen stünden nicht zur Verfügung. "Einnahmeausfälle von 20 Prozent können nicht von allen ausgeglichen werden", sagte Schröder.

Am Donnerstag ist eine Anhörung von Vertretern Freier Schulen im Finanzausschuss des Landtags geplant. Sollte es trotz aller Proteste zu den geplanten Kürzungen kommen, denkt die Arbeitsgemeinschaft eigenen Angaben zufolge auch über eine Verfassungsklage nach.

© dapd

+++++

<http://www.lr-online.de/nachrichten/brandenburg/Gutachten-Kuerzungen-bei-Freien-Schulen-verfassungswidrig;art25,3537814>

Brandenburg 20.10.2011

Gutachten: Kürzungen bei Freien Schulen verfassungswidrig

Potsdam Der Streit um die geplanten Zuschusskürzungen für die Schulen in freier Trägerschaft spitzt sich zu: Einen Tag vor der öffentlichen Anhörung im Potsdamer Haushaltsausschuss drohten die Schulen am Mittwoch mit einer Verfassungsklage. „Wenn die Kürzungen durchkommen, planen wir eine Klage“, sagte der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Brandenburg, Detlef Hardorp.

Zuvor hatte der wissenschaftliche Leiter des Bochumer Instituts für Bildungsforschung und Bildungsrecht (IFBB), Thomas Langer, ein Gutachten vorgestellt, das die Kürzungen als verfassungswidrig einstuft. Sollte die Landesregierung ihre Pläne umsetzen und tatsächlich rund 18 Millionen Euro zulasten der Schulträger einsparen, wären Schulgelderhöhungen für die Träger unumgänglich, so Langer. Nicht mehr alle Eltern wären finanziell in der Lage dazu, ihre Kinder auf einer Schule in freier Trägerschaft anzumelden.

„Die grundgesetzliche Garantie der Privatschulfreiheit wäre verletzt.“ Außerdem dürfe der Staat nicht einseitig nur bei den Schulen in freier Trägerschaft sparen. Das Bundesverfassungsgericht habe bereits 1987 geurteilt, dass der Landesgesetzgeber nicht einseitig Kürzungen zulasten der Ersatzschulträger, sondern nur gleichmäßig für das staatliche Schulwesen und die Schulen in freier Trägerschaft vornehmen dürfe, hält Langer in seinem Gutachten fest. Dies gehe aus dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes hervor.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen, Christoph Schröder, betonte, dass die Schulen in freier Trägerschaft gerade in dünnbesiedelten Landstrichen dazu beitragen, Abwanderung zu verhindern. Mancherorts seien die freien Schulen zu Magneten geworden, die junge Familien anzögen. Die geplanten Kürzungen seien jedoch für manche Schulen existenzgefährdend, sagte er. „Ich vermute, nach den Kürzungen wird es auch zu Schulschließungen kommen.“

Allerdings würden die betroffenen Elterninitiativen „vor dem Gang zum Konkursrichter“ zunächst alle nur denkbaren Möglichkeiten zum Erhalt ihrer Schulen nutzen. Das schließe auch ein „aggressiveres Werben um Schüler“ ein, das zulasten des staatlichen Schulsystems gehen würde.

Der Sprecher des Bildungsministeriums, Stephan Breiding, erklärte auf Anfrage, das Land Brandenburg sehe einer eventuellen Verfassungsklage "gelassen entgegen". Die Landesregierung gehe davon aus, dass das Existenzrecht der Schulen in freier Trägerschaft auch nach den Kürzungen ausreichend gewährleistet sei.

Von Benjamin Lassiwe

+++++

<http://www.morgenpost.de/brandenburg/article1799366/Bildungsinstitut-droht-Landesregierung-mit-Klage.html>

Freie Schulen

Bildungsinstitut droht Landesregierung mit Klage

Donnerstag, 20. Oktober 2011 08:21 - Von Gudrun Mallwitz

Nach einem Gutachten verstößt die rot-rote Landesregierung mit den geplanten Zuschusskürzungen bei den freien Schulen gegen die Verfassung. Seit Montag protestieren Eltern mit einem "Bildungscamp", um die Pläne des Landtags zu stoppen.



Foto: ZB/DPA

Gegen die Kürzungspläne protestieren die Eltern am Brauhausberg mit einem "Bildungscamp"

Die rot-rote Landesregierung muss mit einer Klage gegen die von ihr geplanten massiven Kürzungen bei den freien Schulen ab Herbst 2012 rechnen – sollte der Landtag die Pläne nicht noch stoppen. Nach einem von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Schulen in Auftrag gegebenen Gutachten beim Institut für Bildungsforschung und Bildungsrecht verstößt das Land mit den vorgesehenen staatlichen Zuschusskürzungen gegen die Verfassung.

Rund 50 Millionen Euro weniger

Der Leiter des Instituts, Thomas Langer, sieht aufgrund der Höhe der Kürzungen die „grundrechtliche Garantie der Privatschulfinanzierung“ verletzt. Das Ausmaß der Kürzungen könne von den Schulen nicht aufgefangen werden, ohne dass das Schulgeld drastisch erhöht würde. Dies lasse die Verfassung aber nicht unbegrenzt zu. Das Land Brandenburg plant Zuschusskürzungen von rund 20 Prozent bei Grund- und Oberschulen, aber auch rund sechs Prozent höhere Zuschüsse für Gymnasien in freier Trägerschaft. Verglichen mit den bisherigen Regelungen, sollen die freien Schulen bis 2015 rund 50 Millionen Euro weniger Zuschüsse erhalten. Werde keine „realistische Neuberechnung vorgenommen, müsse die Landesregierung mit einer Verfassungsklage rechnen, sagte Institutschef Thomas Langer am Mittwoch in Potsdam.

2012 will die Landesregierung bei den 164 Schulen in freier Trägerschaft fünf Millionen Euro einsparen. Mit Kürzungen zwischen zehn und 37 Prozent müssten diese dann rechnen. Das könnte freie Schulen, insbesondere kleine Einrichtungen in dünn besiedelten Regionen, existentiell bedrohen, wie Jens Brüggemann, Geschäftsführer der Docemus Privatschulen, betonte. Schon jetzt sei die Förderung nicht auskömmlich. Zudem hätten die Schulgründer oftmals langjährige Kredite aufgenommen.

Ulrich Seelemann, Präsident des Konsistoriums der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz, sprach von einem Vertrauensbruch gegenüber den Trägern. Dass im Falle einer Schulschließung das Land Entschädigungszahlungen zu leisten hätte, schloss er nicht aus.

Um trotz der massiven Einsparungen überleben zu können, müssten die Schulen in freier Trägerschaft zwangsläufig ihr Schulgeld erhöhen. Das wiederum sei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, wie Volker Symalla, Geschäftsführer des Landesverbandes deutscher Privatschulen, sagte. Denn laut Verfassung haben Eltern das Recht, die für ihr Kind geeignete Schule frei wählen zu können.

Die Möglichkeit, dass sich mehrere kleine Träger unter das Dach eines großen Trägers zusammenschließen, betrachten die Vertreter freier Schulen ebenfalls kritisch. Unter einem Zusammenschluss würde die Vielfalt der verschiedenen Bildungsangebote leiden, hieß es.

Eine Stärkung der lokalen Bildungsangebote forderte Bettina Stobbe vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. Nur so könne landesweit ein angemessenes Bildungsangebot gewährleistet werden. Mit dem Gesetzentwurf würden jedoch unabsehbare Risiken befördert. „Die freien Schulen tragen zur Entlastung der kommunalen Haushalte bei“, sagte sie. Müssten freie Schulen schließen, hätte das Land die Pflicht, kurzfristig Plätze an staatlichen Schulen zu schaffen. Das jedoch würde im Endeffekt Mehrkosten verursachen, da staatliche Schulplätze mit 100 Prozent gefördert werden, Plätze an freien Schulen jedoch nur zu 65 Prozent. Eine langfristige Steigerung der Kosten wäre die Folge für das Land.

Um ein zukunftsorientiertes Bildungskonzept zu erarbeiten, schlug Stobbe einen landesweiten Bildungsgipfel vor. Da Schulen in freier wie staatlicher Trägerschaft einen öffentlichen Auftrag haben, sollten beide Schulformen gleichberechtigt nebeneinander existieren. Die Kitas machten es vor, so Stobbe. (Von Steffi Bojahr)

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/freie-schulen-fuerchten-um-existenz/5335074.html> (wahrscheinlich auch in der PNN)

20.10.2011 17:23 Uhr

Freie Schulen fürchten um Existenz

Kirchen und Verbände warnen vor Sparplänen

Potsdam - Draußen campen die einen, drinnen kämpfen die anderen: Vor und im Brandenburger Landtag gab es am Donnerstag heftige Debatten um die von der Landesregierung geplanten Kürzungen im Bildungssystem, die vor allem freie Schulen treffen. Städte- und Gemeindebund, evangelische Kirche, Paritätischer Wohlfahrtsverband und Träger freier Schulen kritisierten die vorgesehenen Einsparungen bei einer Anhörung als verfassungsrechtlich und bildungspolitisch bedenklich. Die Pläne seien ein Vertrauensbruch und ein Eingriff in das Recht der Eltern auf freie Schulwahl.

Zwar müsse die „förmlich ungebremste Gründung“ freier Schulen in einigen Regionen eingeschränkt werden.

Für bestehende Schulen sei aber ein Bestandsschutz notwendig, sagte Karl-Ludwig Böttcher, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes. Der Chefjurist der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Ulrich Seelemann, warf der Regierung vor, Schulen zu gefährden. Die Träger seien oft weit in die Zukunft reichende Verpflichtungen eingegangen und hätten Kredite aufgenommen. Schon heute stünden bei einigen freien Schulen „Bankenvertreter vor der Tür und verlangen zusätzliche Sicherheiten“. Auf die öffentlichen Haushalte kämen im Fall von Schulschließungen erhebliche Kosten für die Schaffung von Ersatzangeboten zu.

Das Bildungsministerium rechnet bis 2015 mit Einsparungen von rund 50 Millionen Euro bei den freien Schulen. Dagegen protestieren Eltern seit Montag in einem Bildungscamp vor dem Landtag. Sie wollen das Camp bis Mitte Dezember besetzt halten, dann wird über die Kürzungen abgestimmt. tor

<http://www.moz.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/981173/>

[Daniela Windolff](#) 20.10.2011 05:29 Uhr
Red. Uckermark, [Uckermark](#)

Stadt und SVV unterstützen freie Schulen

Angermünde (MOZ) Die Stadtverordnetenversammlung will sich für den Erhalt der Schulen in freier Trägerschaft einsetzen und eine entsprechende Stellungnahme an den Landtag verabschieden. Die geplanten Kürzungen würden den Fortbestand der Freien Grund- und Oberschule sowie der Beruflichen Schule gefährden.



Sichtbarer Protest: Am Schulhaus der Freien Schule hängt das Plakat der Initiative „Frei gestrichen“. © MOZ

Wenn sich heute im Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages Brandenburg eine öffentliche Anhörung mit der Finanzierung der freien Schulen beschäftigt, werden auch Eltern und Vereinsmitglieder der Freien Schule Angermünde mit dabei sein. Seit Montag protestieren sie gemeinsam mit Dutzenden Vertretern Brandenburger Schulen in Potsdam. 60 Tage und Nächte lang versammeln sich Schüler, Lehrer und Eltern auf einer Wiese in Sichtweite des Landtages. Hier hat die Arbeitsgemeinschaft freier Schulen Brandenburg das Bildungscamp 2011 errichtet und gestaltet dort offene Werkstätten als Angebot an alle Schulen, unabhängig von der Trägerschaft, sowie öffentliche Elternversammlungen.

Das Camp bündelt den Protest gegen die Rotstiftpolitik im gesamten Bildungsbereich und soll bis zur Entscheidung des Landtages zum Haushaltsgesetz 2012 am 15. Dezember dort bestehen bleiben. Organisiert und betreut wird das Bildungscamp von Eltern aus Potsdam, Wittstock und Angermünde.

